

## Europa neustarten

Warum an einer Neugründung Europas kein Weg vorbei führt S. 3

### Systemfehler



Schwerer Systemfehler!

System formatieren und Europa neustarten?

Ja

Nein

Abbrechen

**Europa: Rechte im Aufwind S. 8-9**

**Hochschule: Proteste gegen Bildungskürzungen S. 4**

**Feminismus: Eine Bewegung erfindet sich neu S. 6**

**Editorial**

Liebe Leserin, lieber Leser,

während der Mittagspause kamen wir mit einem Imbissverkäufer ins Gespräch. „Ach wie schön“, freute er sich, „eine Zeitung für Studierende macht ihr. Was ist denn gerade so das Thema?“ „Europa“, antworteten wir und bissen in unsere Pizza. Sein unverständlicher Blick verriet, dass er mit dieser Antwort nicht gerechnet hatte. Warum die Europawahl uns alle betrifft, erzählen die EuropakandidatInnen Sofia, Fabio und Maite (S. 10). Was aber droht, wenn sich nichts verändert, vermittelt unsere Übersicht über rechte Tendenzen in Europa (S. 8-9). Damit sich die Lage nicht noch verschlimmert, braucht es Widerstand. In die Praxis umgesetzt wurde dieser in den letzten Monaten bei den Protesten gegen Bildungskürzungen (S. 4-5) und dem Frauen\*kampftag (S. 6).

Weil 16 Seiten leider viel zu wenig sind, um über alle Themen zu schreiben, die wir interessant finden, gibt es die critica auch online:

[www.critica-online.de](http://www.critica-online.de)

P.S.: Hast du Lust, die nächste critica mitzugestalten? Kannst du schreiben oder layouten oder willst es lernen? Wir suchen immer nach redaktioneller Verstärkung. Schreib einfach eine Mail an [info@critica-online.de](mailto:info@critica-online.de)

**Impressum**

**critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 12/2014**  
 Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Redaktion:** Alexander Belaew, Janis Ehling, Maximilian Fleig, Lisa Glasner, Patrice Hannig, Rabea Hoffmann, Alexander Hummel, Amelie Kozik, Elisabeth Kula, Franziska Lindner, Jakob Migenda, Sarah Nagel, Paul Naujoks, Sebastian Rave, Şafak Sarıççek, Daniel Schultz, Ramona Seeger, Sebastian Silies, Judith Städele, Silvia Steininger, Danilo Streller, Sunita Sukhana, Severin Thoma, Kerstin Wolter, Sebastian Zahn  
**Layout:** Sebastian Rave  
**Illustration Titel und Rückseite:** Sebastian Rave  
**ViSdP:** Kerstin Wolter, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Anzeigen und Bestellungen:** [info@critica-online.de](mailto:info@critica-online.de)  
[www.critica-online.de](http://www.critica-online.de)

**JEZT AKTIV WERDEN UND MITMACHEN!**

NAME \_\_\_\_\_  
 HOCHSCHULE \_\_\_\_\_  
 EMAIL \_\_\_\_\_  
 HANDY \_\_\_\_\_

Ich möchte:  
 den Newsletter bekommen  
 Mitglied werden

ein Infopaket bekommen  
 bei der critica mitarbeiten

**DieLinke.SDS**  
 Kleine Alexanderstr. 28  
 10178 Berlin  
[info@linke-sds.org](mailto:info@linke-sds.org)



Bild: dieLinke.SDS

Europa brennt! Deutschland pennt? In Südeuropa demonstrieren und streiken Hunderttausende – und in Deutschland bleibt es vergleichsweise ruhig. Was die Gründe dafür sind und welche Handlungsperspektiven es für eine linke Bewegung gibt, thematisieren und diskutieren wir auf unserem Kongress „EU: Neoliberal, militaristisch, undemokratisch?“. In Workshops, Vorträgen und Podien analysieren wir die Konstruktion der EU und wollen dabei nicht weniger als eine „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“, wie einst der junge Marx schrieb, leisten. Melde dich an, komm vorbei und diskutiere vom 2.-4. Mai 2014 an der Goethe Universität Frankfurt mit, um die Utopie einer befreiten Gesellschaft und einer anderen EU hochzuhalten. Das komplette Programm und weitere Infos findest du auf unserer Homepage [www.eu-kritik.de](http://www.eu-kritik.de) oder auf Facebook.



Foto: Björn Kleemann

Durch immense Spar- und Kürzungsmaßnahmen in allen sozialen Bereichen versucht die EU-Führung, die europaweite wirtschaftliche Rezession zu überwinden. Die gesellschaftlichen Folgen wie der enorme Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und Hunger sind verheerend. Der Widerstand gegen diese Verarmungspolitik beginnt sich jetzt zu europäisieren. Bewegungen aus ganz Europa rufen in den Tagen vor der Europawahl vom 15. - 25. Mai 2014 zum gemeinsamen Widerstand auf. Deutschlandweit sind für den 17. Mai 2014 dezentrale Aktionen in den Städten Hamburg, Berlin, Düsseldorf und Stuttgart geplant, die aus Demos, einem begleitenden Kulturprogramm und Flashmobs bestehen. Die Tage bilden den Auftakt für den Herbst, wenn die feierliche Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main mit massenhaften Protesten gestört wird. Genauere Infos unter: [www.blockupy.org](http://www.blockupy.org) Weitere Infos unter: [www.blockupy-frankfurt.org](http://www.blockupy-frankfurt.org)



Bild: Lippectia

Am 19. Juni 2014 wird die Bologna-Reform 15 Jahre alt – für uns kein Grund zu feiern. Ein Umbau der europäischen Hochschullandschaft, der eigentlich harmonisieren und die studentische Mobilität fördern sollte, führte zu Verschulung, Bulimie-Lernen und einer verschärften Marginalisierung kritischer Wissenschaft. In Zeiten von dramatischen, bundesweiten Kürzungen und weiteren entmündigenden Hochschulreformen, wollen wir gemeinsam über Hochschulpolitik reden. Der Bologna-Prozess und seine Auswirkungen sind deshalb Thema der SDS-Regionalkonferenz vom 20. - 22. Juni in Jena. Einen Schwerpunkt der Konferenz bilden die studentischen Abwehrkämpfe sowie solidarische Ideen jenseits der „unternehmerischen Hochschule“. Weitere Infos: [www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org)



Zäune statt Brücken: Das unfreundliche Gesicht der EU

Oktober 2012: Angela Merkel in Athen. Demonstrierende und ein massives Polizeiaufgebot versetzen die Stadt in einen Belagerungszustand. Es werden Bilder von Merkel mit Hitlerbärtchen hochgehalten. Die Demonstrierenden werden von der Polizei in einen Tränengasnebel gehüllt. Sie fordern ein Ende der deutschen Politik gegenüber Griechenland und kritisieren lautstark die EU. Merkel zeigt sich unbeeindruckt. Sie sieht Deutschland und die EU als Garanten des Wohlstands und des Friedens in Europa. Für sie sind die „faulen Griechen“ eine Gefahr für die Stabilität der EU. Zwei verkürzte Auffassungen der EU stehen hier zur Wahl: Die EU als neoliberaler, unsozialer Moloch oder aber als Garant von Wohlstand und Frieden. Ein Blick in die Geschichte schafft Klarheit. Am Anfang des westeuropäischen Einigungsprozesses in den 1950er Jahren stand der Wunsch von großen Unternehmen, in den wichtigen wirtschaftlichen Bereichen Kohle, Stahl und Atomenergie zusammenzuarbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit entstand die Vorgängerorganisation der EU, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die Eurokrise und besonders die Entwicklung in den 80er Jahren zeigen, dass auch später die wirtschaftliche Zusammenarbeit die Triebfeder der europäischen Integration blieb. In den 80ern schlossen sich die größten Konzerne der EU-Staaten wie Renault, BP oder Siemens in großen Lobbyorganisationen wie dem European Round Table of Industrialists zusammen, um ihre Interessen besser zu koordinie-

# „An einem Neustart führt kein Weg vorbei“

Die Geschichte der EU ist vor allem eine Geschichte der wirtschaftlichen Interessen. Das verhindert ein soziales und friedliches Europa, meint **Janis Ehling**.



Bild: <http://www.flickr.com/photos/brainbitch/>

ren. Neoliberale PolitikerInnen wie Margaret Thatcher und Helmut Kohl nahmen ihre Anregungen auf, um die EU global wettbewerbsfähiger zu machen. Die Unternehmen erreichten einen Großteil ihrer Ziele mit dem Vertrag von Maastricht. Ihre in Positionspapieren dargelegten Forderungen wurden teils wortgleich in die Verträge übernommen. Schließlich wurden nur ihre, nicht jedoch die Interessen der Menschen, in den Verträgen berücksichtigt. Die europäische Verfassung ist deshalb unsozial und neoliberal.

## Lobbygruppen bestimmen Politik

Die Großunternehmen setzen geschickt auf die europäische Ebene, denn auf nationaler Ebene konnten sie ihre Politik nicht so leicht durchsetzen. Linke und Gewerkschaften hatten hier ihre Politik oft erfolgreich verhindert. Auf europäischer Ebene waren und sind linke Parteien und Gewerkschaften schlechter vernetzt und konnten deshalb den multinationalen Konzernen kaum etwas entgegenzusetzen. Die EU und ihre Vorgängerorganisationen waren und sind das Projekt wirtschaftlicher und politischer Eliten.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Pro ParlamentarierIn gibt es in Brüssel 1200 LobbyistInnen. Den Großteil der Lobbygruppen stellen die Großkonzerne. Im Parlament werden jedoch nicht einmal die eigentlichen Entscheidungen getroffen. Das Europäische Parlament

kann keine Gesetzesvorlagen einbringen. Dabei ist es das einzig demokratisch legitimierte Gremium der EU.

## Das Parlament ist machtlos

Alle wichtigen Entscheidungen werden hingegen von der EU-Kommission, dem Exekutivorgan der EU und den Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer getroffen. Lobbygruppen beeinflussen vor allem die EU-Kommission. Das zeigt sich besonders bei Gesetzesvorhaben oder Verhandlungen, wie aktuell dem Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Am Verhandlungstisch sitzen VertreterInnen der Unternehmen, der Regierungen und der EU-Kommission. Bezeichnenderweise geht es beim TTIP darum, die Rechte von Unternehmen gegenüber Staaten auszuweiten – auf Kosten der Rechte der BürgerInnen. Das EU-Parlament ist dabei machtlos.

Die wirkliche Macht haben allerdings immer noch die Regierungen der Mitgliedsstaaten. Je größer das Land, desto größer ist sein Einfluss in der EU. Insbesondere die deutsche Regierung bestimmt die Politik der EU maßgeblich mit. Wenn also die GriechInnen Merkel für Folgen der Sparmaßnahmen in Griechenland verantwortlich machen, haben sie recht. Die deutsche Regierung ist mitverantwortlich für die Zerstörung des griechischen Sozialsystems und die Privatisierung griechischen Staatseigentums. Diese Politik ist aber nicht alternativlos. Merkel hätte sich auch für eine

Streichung der griechischen Schulden einsetzen können, statt deutsche Banken zu retten und damit die Krisenverursacher zu schonen und die Bevölkerung zur Kasse zu bitten.

## Europa muss demokratisch werden

Merkel selbst wird jedoch selten mit dieser Politik in Verbindung gebracht. Unbeliebte aber gewollte Entscheidungen werden auf EU-Ebene verlagert, so dass die WählerInnen die eigene Regierung damit nicht in Verbindung bringen. Der Schwarze Peter wird der EU zugeschoben. Die EU ist dabei ein Vehikel, um den einzelnen Ländern unsoziale Politiken zu verordnen.

Daraus zu schließen, dass wir zurück zum Nationalstaat müssten, wie es viele rechte Parteien tun, ist aber falsch. Ein zentrales Problem bleibt damit ungelöst: die Unternehmen sind international organisiert, die Menschen aber nicht. Um den Großunternehmen Paroli zu bieten, brauchen wir ein geeintes Europa von unten. Es geht nicht um Griechenland gegen Deutschland, wie uns Merkel und die Rechten glauben machen wollen. Es geht um oben gegen unten. Internationale Proteste wie Blockupy und die Stärkung linker Kräfte bei den EU-Parlamentswahlen sind dazu ein Anfang. Europa muss sozialer, gerechter und demokratischer werden. Mit dieser EU geht das nicht. An einem Neustart Europas führt kein Weg vorbei. ★

ANZEIGE

## Die neuen Blätter!



E-Mail: [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de) | Tel: 030/3088-3644

**Die Ukraine: Ein zerrissenes Land**  
Andreas Kappeler, Reinhard Mutz

**Ruanda: Genozid in 100 Tagen**  
Nando Belardi

**Die Kontrolle der Zukunft**  
Elmar Altvater

**Europa jenseits der Demokratie?**  
Karin Priester

[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

# Widerstand gegen den Rotstift

Die Schuldenbremse bedeutet massive Kürzungen an Hochschulen. Studierende in mehreren Städten wehren sich dagegen. Das ist ein guter Anfang, meint Vincent Streichhahn.



Mitte November vergangenen Jahres standen etwa 2.000 Menschen auf dem Marktplatz in Halle und pusteten ihre Laternen aus. Es war bereits die vierte Großdemonstration gegen die Kürzungspläne der Landesregierung bei Hochschulen und Kultur. Die erloschenen Lichter waren ein Symbol für die sozialen Folgen der geplanten Kürzungen. Das Motto der Demo lautete „Ohne uns gehen die Lichter aus“. Seitdem im Herbst ein Entwurf aus dem Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft öffentlich wurde, ist in Sachsen-Anhalt Proteststimmung. Der Entwurf sah massive Kürzungen im Hochschulbereich vor. Auf 15 Prozent des Budgets, etwa 77 Millionen Euro, hätten die Hochschulen verzichten müssen. Der Studiengang Medien- und Kommunikationswissenschaften sollte etwa komplett gestrichen werden.

## Kürzungen nur bundesweit zu stoppen

Die Kürzungen im Hochschul-, Kultur- und Sozialbereich sind Folgen der Schuldenbremse. Die 2009 beschlossene Bremse und der Unwillen der Regierenden, Steuern zu erhöhen, schaffen einen Sparzwang für Bund und Länder. In die Rettung von Banken wurden währenddessen Milliarden investiert. Die Regierungen argumentieren mit der Pflicht und Verantwortung, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Aus der politischen Entscheidung, die Kosten der Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung abzuwälzen, wird dadurch vor Ort eine Vorgabe ohne Alternative gemacht. Eine zentrale Forderung der Proteste muss daher in der Abschaffung der Schulden-

bremse liegen, um die Bereiche bedarfsgerecht auszufinanzieren.

Ein weiteres Problem ist das Kooperationsverbot, welches dem Bund verbietet, die Länder bei der Hochschulfinanzierung zu unterstützen. Dass dies bei der Exzellenzinitiative kein Problem ist, zeigen die Prioritäten der bundesweit entscheidenden HochschulpolitikerInnen: Das Schaffen von Inseln exzellenter Forschung gilt als wichtiger als eine bundesweite Ausfinanzierung der Lehre. Es wird deutlich, dass die grundlegenden Probleme auf Bundesebene liegen und ein erfolgreicher Widerstand dort ansetzen muss, um die Kürzungsspirale zu durchbrechen. Das Argument, dass gespart werden muss, kommt angesichts milliardenschwerer Bauprojekte fast zynisch daher. Außerdem existiert in der Bundesrepublik genügend gesellschaft-

licher Reichtum, um Bildung und Kultur ausreichend zu finanzieren. Eine weitere Konsequenz muss daher sein, den Protest mit der Verteilungsfrage zu verbinden. Wenn das oberste Zehntel über 60 Prozent des gesamten Reichtums besitzt, läuft etwas verkehrt. Das anzumerken stellt den Kapitalismus noch lange nicht in Frage. Es geht zunächst um gesellschaftliche Gerechtigkeit.

## Breite Bündnisse gegen sozialen Kahlschlag

Nicht nur die Hochschulen stehen weit oben auf der Liste, wenn es darum geht, eine neoliberale Agenda umzusetzen und die öffentlichen Finanzhaushalte zurückzufahren. Auch im Kultur- und Sozialbereich wird gekürzt. Das Privat-

vermögen bleibt jedoch unangetastet, obwohl eine gerechte Besteuerung des Reichtums zur Lösung finanzieller Probleme beitragen würde. Stattdessen wird das Kapital geschützt und der Sozialstaat weiter ausgedünnt.

### Gemeinsamer Widerstand

In immer mehr Bundesländern streben die Landesregierungen massive Kürzungen an den Hochschulen an, die stellenweise zu ganzen Institutsschließungen und Massenentlassungen im wissenschaftlichen Mittelbau führen würden. Dabei sind die Hochschulen bereits seit Jahren unterfinanziert. Die Folgen sind nicht neu: Die Hörsäle werden immer voller, die DozentInnen gestresster, die Arbeitsverhältnisse prekärer und die Betreuung ist größtenteils mangelhaft. Der letzte große Bildungsstreik ist fünf Jahre her, die Probleme werden größer. Viele Studierende nehmen diese Situation jedoch nicht weiter kritiklos hin, sondern beginnen sich zu organisieren und Widerstand zu leisten. Das wachsende Konfliktpotential führte in den vergangenen Monaten bereits in mehreren Bundesländern zu Protesten. In Jena, Bremen, Schwerin, Halle und Magdeburg sind Tausende auf die Straße gegangen, um gegen die Pläne der Landesregierungen zu protestieren. In Berlin, Hessen und dem Saarland, wo ebenfalls Angriffe auf den Hochschulbereich geplant sind, haben sich inzwischen Protest-Bündnisse gebildet. Es geht darum, dass sich die Betroffenen nicht gegeneinander ausspielen lassen und den schwarzen Peter der Kürzungen hin und her schieben. Ein erfolgreicher Widerstand bedarf einer starken Koalition der betroffenen Akteure, die sich nicht spalten lassen. In Halle ist es gelungen, im Aktionsbündnis die Kulturschaffenden und Gewerkschaften mit ins Boot zu holen und gemeinsam gegen die Kürzungen zu demonstrieren.



Kreativer Protest in Halle gegen Kürzungswahn

### Protest muss sich ausweiten

Es ist Hochsommer. Die Sonne scheint auf den Hallenser Marktplatz herab, auf dem fast 10.000 Menschen stehen und den Rücktritt der Landesregierung fordern. Seit der Wende ist es die größte Demonstration, die die Stadt gese-



Kreativer Protest in Schwerin gegen Kürzungswahn

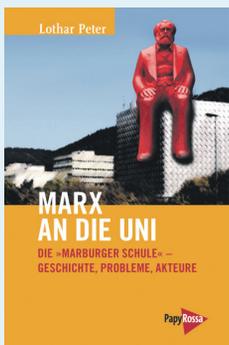
hen hat. Studierende stehen zusammen mit den Beschäftigten der Universität und Uniklinik und solidarischen BürgerInnen. Der beständige politische Druck hat das Kabinett um Ministerpräsident Haseloff nicht zur Ruhe kommen lassen. Am Ende des Jahres haben die Proteste Wirkung gezeigt: Die Kürzungssumme

im Hochschulbereich wurde auf etwa 15 Millionen Euro reduziert. Wenn nicht nur die schlimmsten Einschnitte, sondern die gesamte Kürzungswelle abgewendet werden soll, muss sich der Protest ausweiten – zum Bildungsstreik 2014! ★

ANZEIGE

P a p y R o s s a V e r l a g | www.papyrossa.de

Basiswissen – kompakt, prägnant und kritisch



**Lothar Peter**  
**Marx an die Uni**  
Die »Marburger Schule«  
Geschichte, Probleme, Akteure  
221 Seiten | EUR 14,90  
978-3-89438-546-0

Die marxistisch orientierte »Marburger Schule« entfaltete wissenschaftlich und politisch intensive Wirkung. Kennzeichnend für

Wolfgang Abendroth, Werner Hofmann und Heinz Maus – und auch ihre Nachfolger – ist ein Wissenschaftsverständnis, das Lehre und Forschung mit dem Ziel gesellschaftsverändernder Praxis verknüpfte.



**Georg Fülberth**  
**Marxismus**  
Basiswissen Politik /  
Geschichte / Ökonomie  
110 Seiten | EUR 9,90  
978-3-89438-542-2

Marxismus beinhaltet 1.) die historisch-materialistische Analyse der Ökonomie, 2.) eine auf sie gestützte politische Theorie und 3.) Praxis zur Aufhebung des Kapitalismus. Marx wird verharmlost, wenn sein zentraler Anspruch, die Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft, herausgebrochen wird.



**Ulrich Schneider**  
**Antifaschismus**  
Basiswissen Politik /  
Geschichte / Ökonomie  
135 Seiten | EUR 9,90  
978-3-89438-543-9

Zunächst stark durch die Arbeiterbewegung geprägt, repräsentierte Antifaschismus nach 1933 und in der Anti-Hitler-Koalition ein breiteres Spektrum. Heute heißt Antifaschismus Einsatz gegen soziale Ausgrenzung, Rassismus und gegen Krieg, für demokratische und soziale Rechte – ist er analytische Kategorie, aber vor allem auch Praxis.

# Die neue feministische Welle

Pop-Feministinnen, Sexismus-Debatte, Pro Choice-Aktivismus und Frauen\* kampftag zeigen: der Feminismus ist nicht tot zu kriegen. Von Elisabeth Kula

Allen Unkenrufen zum Trotz, die feministische Bewegung ist nicht tot. Auch heute noch steht die Forderung nach der Gleichstellung der Geschlechter auf der Tagesordnung. Eine neue Welle feministischer Kämpfe ergreift die Musikszene, das Internet und die Straße. Ziele und Mittel dieser FeministInnen sind vielseitig.

Schon im letzten Jahrzehnt entwickelte sich der sogenannte Pop-Feminismus. Von Charlotte Roche bis „Riot-Grrrl-Bands“ reicht das Spektrum an Kulturschaffenden, die insbesondere für sexuelle Emanzipation eintreten. Subversion durch Schönheit ist eine Grundforderung des Pop-Feminismus: Die Verbindung zwischen Politischem und Privatem kommt darin zum Ausdruck – ein seit der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 70ern essentielles Thema. Die Aneignung und Umdeutung von bisher sexistisch besetzten Ausdrücken gehört dabei ebenso zur politischen Praxis wie das selbstbewusste

Tragen von knappen Röcken und High-heels. Die Botschaft: Wir bestimmen über unsere Körper und unsere Klamotten, nicht Männer oder die Werbeindustrie.

## Feministische Vielfalt

Auch die Sexismus-Debatte rund um #aufschrei sorgte für Aufmerksamkeit. Anfang 2013 wollte die Journalistin Laura Himmelreich eine sexistische Äußerung von Rainer Brüderle nicht so stehen lassen und schrieb darüber im Stern. Es folgte der Hashtag #aufschrei. Tausende Twitter-Nutzerinnen schrieben unter diesem Hashtag sexistische Alltagserfahrungen nieder. Schließlich wurde in Talkshows, Blogs und Printmedien darüber diskutiert. Auch der Kampf um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wird heute noch geführt. Schließlich existiert der sogenannte „Abtreibungsparagraf 218“

der Schwangerschaftsabbrüche illegalisiert, immer noch. Unter dem Motto „My Body, My Choice“ finden zahlreiche Infoveranstaltungen, Demos und Workshops statt. Die sogenannte Pro Choice-Bewegung setzt sich schon seit vielen Jahren für die reproduktionelle Selbstbestimmung ein. Ganz aktuell sind die Auseinandersetzungen um körperliche Selbstbestimmung in Spanien. Dort will die konservative Regierung die ohnehin eingeschränkte Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen faktisch abschaffen. Dagegen laufen Frauenverbände Sturm und bringen Massenproteste auf die Straße.

## Unterschiede fruchtbar machen

Für Gesprächsstoff an Hochschulen sorgen neue Sprachregelungen, die Sprache geschlechtergerechter machen sollen. Professor\_in oder Professorin statt Professor

als amtliche Anrede – das empört viele. Die unterschiedlichen Ausprägungen und Strömungen des Feminismus haben es geschafft, dass über Geschlecht wieder kritisch diskutiert wird. Doch damit von einer Bewegung gesprochen werden kann, mussten diese verschiedenen Strömungen erst zusammengeführt werden. Sie brauchen ein Gemeinsames, in dem Unterschiede fruchtbar gemacht werden. Das Bündnis zum Frauen\* kampftag hat das erstmals geschafft. ProChoice-Aktivistinnen, Pop-Feminist\_innen, Gewerkschafter\_innen, traditionelle Frauenverbände, PinkStinks, Trans\* Inter\* AktivistInnen, Hochschulgruppen und viele weitere schlossen sich hierfür zusammen. Am Ende gingen rund 4000 Menschen am 8. März auf die Straße und zeigten die feministische Vielfalt. Eine Bewegung ist auch das noch nicht, aber ein Stein, der ins Rollen gebracht wurde. ★



Zum diesjährigen Frauen\* kampftag in Berlin kamen Tausende

ANZEIGE

# #Bildung #Chancengleichheit #Soziale Gerechtigkeit

**DIE LINKE. im Bundestag tritt ein für:**

- Hochschulen ohne Studiengebühren
- bedarfsorientiertes, elternunabhängiges BAFÖG
- kostenlose Kindertagesbetreuung
- gemeinsames Lernen in der Schule

Mehr Informationen unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Der Feminismus, den wir nicht meinen

Wenn in Deutschland von Feminismus die Rede ist, denken viele an Anti-Sexismus und Männerbashing. Dabei ist konsequenter Feminismus auch antikapitalistisch und ein emanzipatorischer Weg für alle Geschlechter, meinen **Alexander Hummel** und **Kerstin Wolter**.



Von der Leyen (CDU), Christine Lagarde (IWF-Chefin), Angela Merkel (CDU), Hillary Clinton (US-Außenministerin): Mächtige Frauen, aber keine feministischen Kämpferinnen

Sexismus-Debatte im deutschen Fernsehen, Sonntagabend bei Günther Jauch. Wir erleben: eine Parade der Unwissenheit, ein Tappen im Dunkeln, ein systematisches Kleinreden von Sexismus. Da werden Männer und Frauen zu verschiedenen Spezies, es wird gefragt, ob Frauen eine Mitschuld tragen, wenn sie Opfer sexueller Belästigung werden und ob das Erteilen von Komplimenten denn schon Sexismus wäre. Lichtblick der Diskussion ist Alice Schwarzer: Sie erklärt, dass es bei Sexismus um Macht geht und stellt fest: „Die alte Kacke dampft noch immer!“ Leider sind solch großartige Momente Schwarzers selten geworden. Zu Beginn der feministischen Bewegung in den 70er Jahren war Schwarzer einmal ganz groß: sie bildete die Brücke zur französischen feministischen Bewegung, gründete die Frauenzeitschrift Emma und hatte großen Anteil bei der Erkaufung des Abtreibungsrechts in Deutschland. Geschlechterpolitisch war diese Politik damals revolutionär. Doch heute spielt Schwarzer nicht länger eine progressive Rolle in Deutschland.

## Doppelte Standards

Nicht zuletzt ihre Kritik am muslimischen Kopftuch – in Interviews spricht sie auch gern vom „islamistischen Kopftuch“ – als vermeintliches Symbol islamischer Frauenunterdrückung zeigt, dass Schwarzers Feminismus schnell in anderen Diskriminierungsformen mündet. Sie fordert ein Kopftuchverbot für Schülerinnen und übersieht dabei, dass andere Religionsgemeinschaften in Deutschland wie die christlichen Fundamentalisten und Holocaust-Leugner von der Pius-Bruderschaft weit mehr Mitglieder haben als islamische Glaubensgemeinschaften. Hier stellt sie sich argumentativ in eine Reihe mit islamfeindlichen Politikern wie Thilo Sarrazin.

Ein weiteres Herzensthema Schwarzers in den letzten Jahren war das Fehlen von Frauen in gesellschaftlichen Machtpositionen zu skandalisieren. Das Anliegen ist nicht grundsätzlich falsch. Doch ein konsequenter Feminismus muss weiter gehen: Anstatt Machtpositionen und Chefesseln nur neu besetzen zu wollen, muss er diese selbst in Frage stellen. Schwarzer hat diese Perspektive nicht. So ist es nicht verwunderlich, dass sie sich nicht zu schade ist, die Ernennung von Ursula von der Leyen zur Verteidigungsministerin als feministischen „Paukenschlag“ zu jubeln. Die Wahl Angela Merkels zur Bundeskanzlerin wurde von ihr ebenso gefeiert. Die Politik, die diese Frauen betreiben, scheint ihr nebensächlich.

## Konservativer Feminismus

Viele Frauen teilen nicht das von Schwarzer glorifizierte Anliegen, die gesellschaftlichen Machthebel zu ergreifen. Doch anstatt daraus den Schluss zu ziehen, die Machtpositionen selbst in Frage zu stellen, wird der Rückzug ins Private gewählt. In der bundesdeutschen Debatte steht Birgit Kelle und ihr Verein „Frau2000plus“ für diesen Lebensweg.

Birgit Kelle, die aktuell durch die Talkshows tingelt, steht laut Eigenaussage für einen neuen „femininen Feminismus“. Der „alte Feminismus“ sei dagegen nicht feminin, da dieser kein „ganzheitliches Frauenbild“ propagiere. Sie inszeniert sich als Kämpferin gegen die unterdrückende Norm, dass alle Frauen erwerbstätig sein müssten und streitet für das Betreuungsgeld. Sie steht damit konträr zu Schwarzer. Sie kommt mit dieser Position bei Frauen, die sich aktiv gegen das Hamsterrad der Karriereleiter entschieden haben, gut an. Diese Frauen haben Recht, wenn sie sich nicht von Schwarzer diktieren lassen wollen, was eine Frau zu tun oder zu lassen

hat. Doch anstatt alle Leitbilder, wonach eine Frau dies oder jenes zu tun oder zu lassen habe, zu kritisieren, schafft Kelle nur neue. Das Leitbild der erwerbstätigen Frau weicht dem Bild der Mutter, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmert. Sie steht stellvertretend für einen neuen konservativen Feminismus, der den Kampf um Gleichheit aufgegeben hat. Schwarzers und Kelles Feminismen sind oft so erfolgreich und anschlussfähig, weil diese einerseits bestimmte Bedürfnisse und Wünsche vieler Frauen ansprechen. Andererseits, weil ihre Lösungen oft einfacher und greifbarer erscheinen als die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ganzes zu hinterfragen. Während Schwarzer die Gleichheit der Geschlechter erreicht sieht, wenn sich Frauen und Männer um den nächsten Schritt auf der Karriereleiter streiten, propagiert Kelle die ursprüngliche Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter. Beide stellen ihre Analyse jedoch nicht in den Kontext von Ausbeutung und Machthierarchien zwischen den Geschlechtern.

## Emanzipation für alle

Wollen wir nicht lieber in einer Welt leben, in der alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht entscheiden können, wie viel Zeit sie mit ihren Kindern, zu Hause oder mit der Arbeit verbringen? Doch im Kapitalismus geht es nicht um mehr Zeit für das eigene Leben, sondern um mehr Zeit für eine Arbeit, von der man am Ende vielleicht nicht mal richtig leben kann. Wenn wir nur fordern, dass mehr Frauen in den Chefetagen sitzen, wird sich für die meisten anderen Frauen nur wenig verändern.

Deshalb müssen feministische Anliegen immer auch die Systemfrage stellen. Davon profitieren alle Geschlechter. Feminismus ist deshalb ein emanzipatorischer

Weg für alle: Männer, Frauen und solche Menschen, die sich keine der beiden Kategorien zuordnen wollen. ★

ANZEIGE

## Neuerscheinungen

Tayfun Guttstadt  
**Çapulcu**

Die Gezi-Park-Bewegung und die neuen Proteste in der Türkei  
328 Seiten | 18,00 €



Ein Einblick in die Umstände, die zu den Protesten führten, ihren Verlauf, die Beweggründe und Ziele der Protestbewegung und mögliche Folgen.

K. Glösel, N. Strobl & J. Bruns  
**Die Identitären**

Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa  
264 Seiten | 16,00 €



Erste analytisch-kritische Gesamtdarstellung der neuen europäischen extrem rechten Jugendbewegung

**UNRAST Verlag**  
www.unrast-verlag.de

Rabea Hoffmann

**Vereinigtes Königreich: Welle anti-muslimischen Rassismus**

Im Mai 2013 wurde der britische Soldat Lee Rigby durch zum Islam konvertierte Briten ermordet. Dies nutzten die rechts-extreme British National Party (BNP) und die rechtsextreme English Defence League (EDL), um ihre islamophobe Hetze zu verbreiten. In der Woche nach dem Mord kam es zu über 200 Vorfällen gegen Muslime in Großbritannien. Dabei wurde die Moschee im Londoner Stadtteil Muswell Hill niedergebrannt. Im Sommer 2013 organisierten BNP und EDL mehrere Aufmärsche, die auf großen Widerstand stießen. All dies geschieht in einer Zeit, in der die rechtspopulistischen Euroskeptiker von der UK Independence Party (UKIP) durch Slogans wie „Stop Immigration“ an Stimmen gewinnen. Die Antwort der Tories und der Labour-Party ist ein zunehmend europakritischer und nationalistischer Diskurs.



Sunita Sukhana

**Frankreich: Mit europäischer Identität gegen den Islam**

Die erfolgreichste Manifestation rechter Tendenzen in Frankreich ist die Partei Front National (FN). Obwohl sie sich nicht als rechts bezeichnet, zeigt bereits ihr Slogan „Franzosen bevorzugt“ ihre Ausländerfeindlichkeit. Die FN will illegal Zugewanderte abschieben, aus dem Euro-Raum aussteigen und die Todesstrafe wieder einführen. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 erreichte die FN 17,9%. Frankreich ist zudem Heimat der Identitären Bewegung, die europäische „Ethnien“ rein halten möchte. Als Zerstörer der europäischen Kulturen wird vor allem der Islam gesehen. Im Januar ging die Bewegung auf die Pariser Straßen und rief die Parole: „Jude, Frankreich gehört dir nicht!“.



Ramona Seeger

**Deutschland: Hetze gegen Flüchtlinge**

Rechtsextreme hetzen gegen Asylbewerberheime – und die bürgerliche Mitte macht fleißig mit. Im ganzen Bundesgebiet machten im letzten Jahr Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte Stimmung. Mit 58 offiziellen Delikten 2013 ist die Zahl der Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte deutlich gestiegen. Allein im Januar und Februar dieses Jahres wurden 13 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gezählt. Die rechtspopulistische AfD scheiterte bei den letzten Bundestagswahlen nur knapp an der 5-Prozent-Hürde. Mit dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt!“ versuchte sich zuletzt die CSU im rechtspopulistischen Stimmenfang. Die „christliche“ Partei hatte sich dafür ausgesprochen, armen Zuwanderern aus EU-Staaten den Zugang zum deutschen Sozialsystem zu erschweren.



Şafak Sarıççek

**Niederlande: Einwanderungsverbot für Muslime**

In den Niederlanden hat die Rechte in den letzten Jahren starken Zulauf bekommen. Die Vorhut dieser Entwicklung bildet dabei die rechtsextreme, islamfeindliche Partij voor de Vrijheid (PVV). 2010 beteiligte sich die PVV mit 15,5% der Stimmen am ersten „Rutte-Kabinett“. Die von Geert Wilders angeführte PVV verlangt unter anderem fünfjährige Einwanderungsverbote für Muslime, den EU-Austritt der Niederlande bei einem Türkei-Eintritt und die Schließung von Moscheen. Zum fremdenfeindlichen Klima hatten die Attentate auf Pim Fortuyn (2002) und Theo van Gogh (2004) beigetragen, die härtere Gesetze gegen Einwanderer gefordert hatten. Eine aktuelle Umfrage prognostiziert nunmehr einen Stimmenanteil der PVV zwischen 16,6 und 19,3%. Sie wäre damit die größte politische Kraft des Landes.



Judith Städele

**Österreich: Massentauglicher Rechtspopulismus**

Bei den Nationalratswahlen im Herbst 2013 erreichte die rechtspopulistische „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) 20,52% der Stimmen, im Bundesland Steiermark wurde sie sogar die stärkste Kraft. Die FPÖ distanziert sich zwar öffentlich vom Rechtsextremismus, duldet in ihren Reihen aber ehemalige SS-Offiziere, Holocaust-Leugner und Mitglieder rechtsradikaler Burschenschaften. Mit Slogans wie „Daham statt Islam“ hetzt sie gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Mit Parteichef Heinz-Christian Strache als Spitzenkandidat konnte sie bei der Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien 2010 ihren Stimmenanteil verdoppeln. In der bundesweiten Studierendenvertretung ÖH ist der rechtspopulistische RFS (Ring freiheitlicher Studenten) mit einem Mandat vertreten.



Severin Thoma und Maximilian Fleig

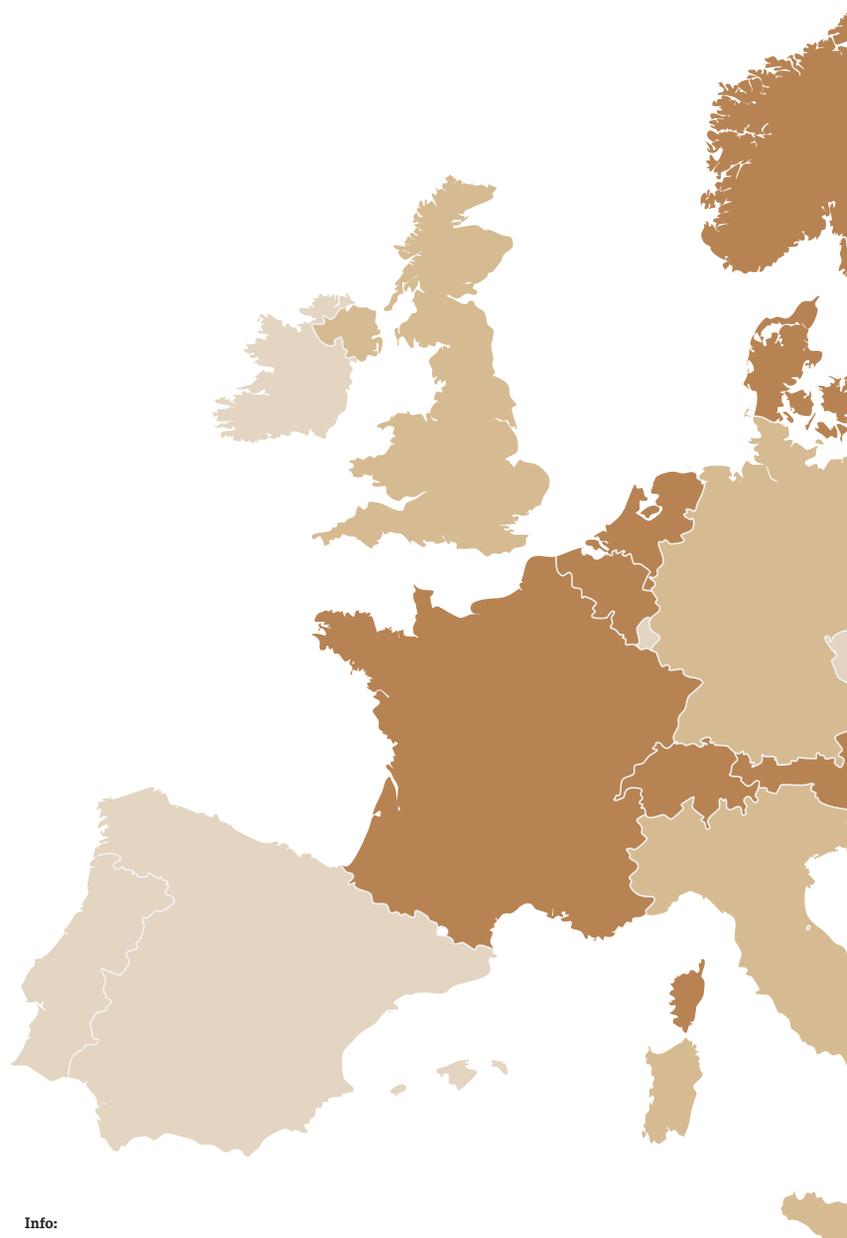
**Italien: Rechte Bündnispolitik**

Die Rechtspopulistische Partei „Lega Nord“ sieht sich den SüdtalienerInnen genetisch überlegen. Aus diesem Leitgedanken fordert sie die Unabhängigkeit von Norditalien. Auch wird über einen möglichen Pakt mit Marine Le Pen von der französischen Front National und der österreichischen FPÖ diskutiert. Am äußersten rechten Rand findet sich die Bewegung Casa Pound. Diese hat vor allem Verbindungen ins Rechts-Rock-Milieu und ist international mit anderen rechtsextremen Bewegungen vernetzt. Auch der Gründer der italienischen „Morgenröte“ kommt aus diesem Umfeld. Zuletzt hetzte Beppe Grillo mit seiner Fünf-Sterne-Bewegung gegen Sinti und Roma.



# Die braune Gef

Massive Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, europaweite Wohnungsnot in Großstädten und eine Jugendarbeitslosigkeit bei 23,2% (November 2013) zeigen: In Europa wütet die Krise weiter. Rechte Kräfte nutzen dies für ihre populistische Hetze. Aus der anstehenden EU-Parlamentswahl könnten nationalkonservative, rechtspopulistische und neofaschistische Parteien gestärkt hervorgehen. Derzeit gehören rund 10% der Abgeordneten solchen Parteien an. Wir haben recherchiert, wie groß die Gefahr von rechts in Europa ist.



**Info:**  
Je mehr Häufchen und je dunkler die Einfärbung der Länder, desto höher die Gefahr von rechts.  
Dargestellt wird lediglich die Meinung der Redaktion.  
Du bist anderer Meinung? Dann schreib uns: [info@critica-online.de](mailto:info@critica-online.de)

# fahr

Patrice Hannig

## Finnland: Mit Nationalstolz gegen das Establishment

Auch wenn es in Finnland nahezu keine rechtsradikalen Strukturen gibt, ist ein Patriotismus wegen der jungen Unabhängigkeit (1917) sehr verbreitet. Der starke finnische Wohlfahrtsstaat hat Konformität und Nationalstolz in allen politischen Lagern hervorgebracht. Dies bietet eine Angriffsfläche für konservative und na-

tionalistische Fraktionen. Die rechtspopulistische Partei „Die Wahren Finnen“ schaffte es bei den Wahlen 2011 auf 39 Sitze (20%). Nur durch eine 6-Parteien-Koalition konnte eine Regierungsbeteiligung der „Wahren Finnen“ verhindert werden. Die Partei versteht sich als patriotisch, EU-kritisch und Kraft gegen das „Establishment“. Sie vertritt christlich-fundamentalistische Positionen und lehnt Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren ab.



Amelie Kozik

## Polen: Nationalismus als Normalfall

Nach dem Zerfall der Sowjetunion verringerte sich der Einfluss postkommunistischer Parteien massiv, während rechts-konservative Kräfte an Zuspruch gewannen. Mit der „Bürgerplattform“ (PO) ist im Moment eine katholische und erkonservative Partei in der Regierung. Die PO und die stärkste Oppositionspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) betreiben eine nationalistische Politik. In den letzten Jahren hat sich eine rechts-autonome, von Fußballhooligans geprägte Szene entwickelt. Diese demonstrieren jährlich am Unabhängigkeitstag Polens ihre Gewaltbereitschaft. Während Staatskräfte sich im Hintergrund hielten, brannten die Demonstrierenden letztes Jahr ein LGBTQ-Rights-Symbol ab und bewarfen die russische Botschaft mit Molotow-Cocktails.



Oft werden genehmigte antifaschistische Demonstrationen grundlos gewaltsam aufgelöst. Seit der Ermordung eines linken Musikers im Herbst 2013 gehen die griechischen Behörden gegen die Partei vor. Für den Fall, dass es gelingt, die Partei zu verbieten, wurde eine Ersatzpartei gegründet: die „nationale Morgenröte“. Zunehmend gilt die Partei in der Bevölkerung als kriminell, weshalb sie in Wahlumfragen abstürzte und jetzt bei 7,2 % gegenüber stabilen 10 % im Jahr 2013 liegt.



Alexander Belaew

## Russland: Putin rechts überholen

Katastrophale Erfahrungen mit der stalinistischen Herrschaft und dem Privatisierungskurs der 90er prägen noch heute den russischen Rechtsextremismus. Enttäuschung und Verelendung haben viele RussInnen seitdem nach rechts getrieben. Rechte Kameradschaften haben teilweise die NS-Bewegung als Vorbild und sind äußerst gewalttätig. Zu ihrem Wahn von einem bereinigten „Russland für die Russen“ gehört die Methode, Ausländer, Linke und Homosexuelle zu terrorisieren, zu verletzen und zu demütigen. Kameradschaften wie die „Slawische Union“ („SS“) propagieren die Einheit einer „weißen Rasse“. In Russland gibt es orthodoxe AntisemitInnen, NationalbolschewistInnen, Nationalliberale und faschistoide RegierungsvertreterInnen, deren rechte Tendenzen sich mit anderen Ideologien vermischen. Es ist ein realistisches Szenario, dass die bisherige Regierung durch eine rechtsextreme ersetzt wird.



Alexander Hummel

## Ukraine: Rechtsextreme an der Macht

Bei den Massenprotesten auf dem Maidan Ende 2013 mischten sich AnhängerInnen der rechtsextremen Swoboda-Partei unter die Protestierenden. Personen, denen diese nicht radikal genug war, organisierten sich im faschistischen Rechten Sektor. Auch in der Übergangsregierung ist die extreme Rechte vertreten. Der Vizepremierminister, der Verteidigungsminister, der Generalstaatsanwalt, der Verteidigungsminister, der Chef des nationalen Sicherheitsrates und zwei weitere Minister gehören zur Swoboda. Der Bildungs- und Antikorruptionsminister ist Teil des Rechten Sektors. Seit der Machtübernahme durch die Übergangsregierung kommt es zu Übergriffen auf jüdische Personen und Linke. Bei einer Rede sagte der Vorsitzende der Swoboda: „Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“



Silvia Steininger

## Ungarn: Rechte Gewalt und völkischer Nationalismus

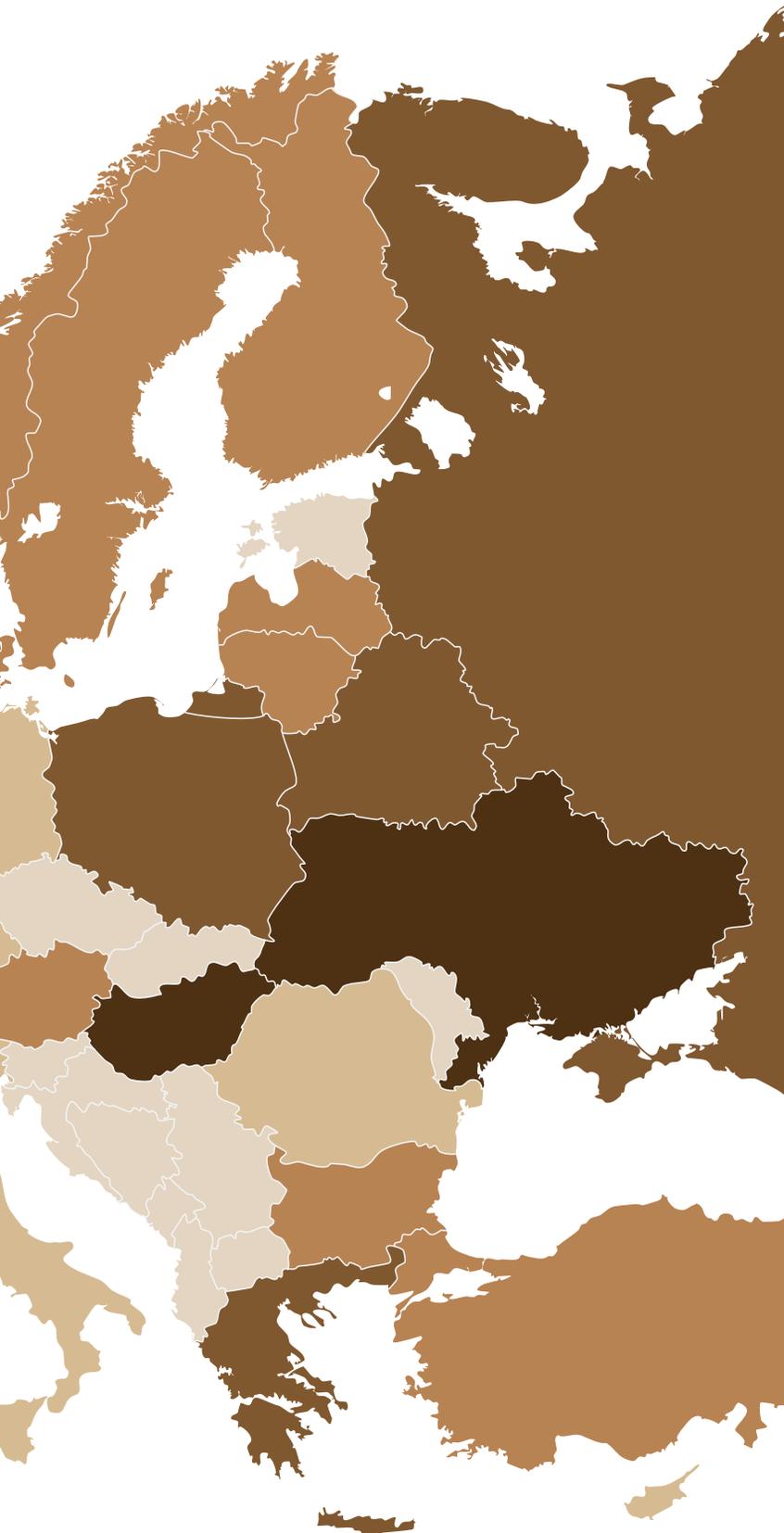
Seit der Machtübernahme Viktor Orbans und seiner rechtskonservativen Partei FIDESZ im Jahr 2010, gewinnt die extreme Rechte in Ungarn zunehmend an Einfluss. Besonders die Koalition mit der rechtsextremen Jobbik, ihre paramilitärische Organisation „Ungarische Garde“ und der Populismus Orbans lassen von einer „faschistischen Renaissance“ sprechen. Völkisches Denken wird zum neuen Mainstream. Dazu passt, dass 63 Prozent der Bevölkerung systematische Ausschreitungen gegen Roma durch „genetischen Hang zur Kriminalität“ erklären. Gleichzeitig wird gegen das „Judenkapital“ gehetzt und oppositionelle Kräfte unterdrückt. Die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern werden dabei als Legitimation für den Kampf für „Großungarn“ instrumentalisiert. Im Oktober 2013 wurde die Partei „Ungarische Morgenröte“ nach griechischem Vorbild gegründet. Sie soll im Wahljahr 2014 der Jobbik, der derzeit nach Wahlumfragen drittstärksten Kraft, Konkurrenz machen.



Alexander Hummel

## Griechenland: Klassische Faschisten

In Griechenland waren die Spardiktate der Troika und eine mediale Diskussion über illegale Einwanderer der Auslöser für den Aufstieg der Chrysi Avgi (goldene Morgenröte). Die Partei, deren Fahnen ein stilisiertes Hakenkreuz zeigen, ist klassisch faschistisch. Ihre Mitglieder hetzen gegen Juden, rufen bei ihren Fackelmärschen „Blut und Ehre“ und zeigen zur Begrüßung den Hitlergruß. Sie ist antifeministisch und LGBTQ-feindlich. Gefährlich ist die enge Verstrickung zwischen Partei, Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. Regelmäßig schaut die Polizei weg, wenn paramilitärische Schlägertrupps der Chrysi Avgi Linke, KritikerInnen und MigrantInnen zusammenschlagen.



Darstellung: Sebastian Rave, <http://www.vecetezy.com/members/erind>

# Ausgefragt.

Im Mai wird in Europa gewählt. Wir haben drei junge KandidatInnen der LINKEN gefragt, welche Probleme sie im EU-Parlament angehen wollen.

## „Steigende Armut“

Malte Fiedler über die verlorene Generation Europas

**critica:** Malte, du bist Jugendkandidat der LINKEN für das EU-Parlament. Warum ist die Europawahl für Jugendliche und Studierende wichtig?

**Malte:** Weil die EU auf die Interessen der Jugend keine Rücksicht nimmt. Unsere Generation droht der große Verlierer der Europäischen Integration zu werden. Nur eine starke Linke im Europaparlament kann diese Missstände öffentlich machen und der neoliberalen EU eine klare Alternative eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas entgegensetzen.

**critica:** Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Europa bei 25%. Was bedeutet das für die Jugendlichen?

**Malte:** Dass sie zum Teil keinen Zugang zu Ärzten oder zu wenig Geld für Miete, Heizung und Strom haben. Armut und Perspektivlosigkeit steigen rasant. Auch in Deutschland sind über 300.000 Jugendliche arbeitslos. Wer jung ist und Arbeit hat, befindet sich immer öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie Werkverträgen, Minijobs oder Praktika. In der Regel zeitlich befristet und niedrig entlohnt.

**critica:** Viele Jugendliche beschließen auszuwandern, weil sie keine Arbeit finden. Welche Auswirkungen haben solche inner-europäischen Wanderungswellen?

**Malte:** Aus Süd- und Osteuropa kommen sehr gut ausgebildete junge Leute nach

Nord- und Westeuropa, um Arbeit zu finden. Die jungen Menschen lassen dabei Freunde und Familie zurück. Die gut Ausgebildeten fehlen dann in den Heimatländern. Ein mobiler Arbeitsmarkt über Ländergrenzen hinweg ist genau das, was die Konzerne immer wollten. Ein noch größeres Heer aus arbeitslosen Arbeitswilligen hilft, die Löhne und Arbeitsstandards weiter zu drücken - überall in Europa.

**critica:** Was ist die Ursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit?

**Malte:** Eine der Hauptursachen ist die Sparpolitik. Von der Troika wird in der Krise eine verheerende Politik des sozialen Kahlschlags autoritär durchgesetzt, die die Menschen in die Armut treibt. Im Gegensatz dazu ist unsere Perspektive als Jugendverband ein selbstbestimmtes Leben jenseits von Profitlogik, Wachstumszwang und alltäglichem Konkurrenzdruck. ★

Illustration: Sebastian Rave



## „Grenzen töten“

Sofia Leonidakis über die europäische Abschottungspolitik

**critica:** Moin Sofia, du bist Halbgriechin, lebst in Bremen und bist mit einem Türken zusammen. Was bedeutet die europäische Idee für dich?

**Sofia:** Die europäische Idee als positive Vision bedeutet für mich die Überwindung von Grenzen, Nationalismus und Krieg. Schon privat lebe ich transnational und auch politisch stehe ich für europä- und weltweite Solidarität. Nationalistische Grenzbeziehungen verhindern, dass sich die Betroffenen der gleichen Austeritäts- und Kürzungspolitik verbünden. Grenzen töten, selektieren, diskriminieren. Die EU hat mit dem Schengen-Raum und der Personenfreizügigkeit immerhin

Ansätze einer grenzenlosen Region. Nach außen zieht sie die Grenzen dafür umso dichter.

**critica:** Du hast in Bremen mit Flüchtlingen zusammengearbeitet. Welche Erfahrungen hast du dabei gemacht?

**Sofia:** Die Abschottung der EU hat für viele dramatische Folgen. Ein syrischer Mann hatte meinen Rat gesucht, weil sein Sohn im Flüchtlingslager im Libanon hungert, in der Kälte und absolut perspektivlos festsäß. Ich musste dem Vater sagen, dass es keinen legalen Weg für seinen Sohn gibt. Die EU vergießt Krokodilstränen angesichts der Bootsunglücke in Lampedusa oder dem Bürgerkrieg in Syrien,

ändern tut sie nichts. Im Gegenteil, durch weitere Abschottungsmaßnahmen produziert sie erst, was sie scheinbar beklagt: Mindestens 20.000 Tote in den letzten 20 Jahren an den Außengrenzen, bis zu acht Millionen Illegalisierte in der EU.

**critica:** Du meinst, es müsste ein Aufenthaltsrecht für alle Geflüchteten geben. Wären die Probleme damit gelöst?

**Sofia:** Natürlich muss die EU auch in den Herkunftsländern ansetzen. Fluchtursachen beseitigen, gute Lebensbedingungen überall schaffen, das wäre die beste aller Lösungen. In der Realität geschieht aber das Gegenteil. Solange die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht ihre Rüstungs-, Handels-, Wirtschafts- und Agrarpolitik ändern, so lange muss Europa auch mit den Folgen klarkommen und Menschen aufnehmen, die ihre Lebensgrundlage verloren haben. ★

Illustration: Sebastian Rave



Illustration: Sebastian Rave



**critica:** Fabio, wer ist die treibende Kraft hinter der Krisenpolitik in der EU?

**Fabio:** Allgemein wurde in der EU über den Binnenmarkt ein Mechanismus geschaffen, der Deregulierung, Privatisierung und den Wettbewerb um die niedrigsten Löhne fördert. Davon profitieren vor allem Konzerne, Banken und Vermögende. Die Krisenpolitik wird von der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds verantwortet. Eine treibende Kraft sind aber die mächtigen Mitgliedsstaaten wie Deutschland. Sie nutzen die Troika bzw. die EU-Institutionen, um ihre Politik unter EU-Flagge dem demokratischen Widerstand zu entziehen.

**critica:** Welche Konsequenzen hat die Austeritätspolitik für die Menschen an der europäischen Peripherie?

## „Banken profitieren“

Fabio De Masi über Folgen der Krisenpolitik

**Fabio:** Vor kurzem veröffentlichte die Fachzeitschrift The Lancet eine Studie zur Gesundheitskrise in Griechenland: Die Zahl der ausgegebenen Spritzen und Kondome an Drogenabhängige ging um 24 Prozent zurück. Während in Griechenland bis 2009 rund 15 HIV-Fälle registriert wurden, waren es 2012 bereits 484. Auch psychologische Einrichtungen sind völlig überlastet. Psychiatrische Dienstleistungen für Kinder existieren nicht. Die Suizid-Rate ist von 2007 bis 2011 um 45 Prozent gestiegen. Die Kinderarmut liegt bei über 30 Prozent. Die Kindersterblichkeit ist um 43 Prozent gestiegen.

**critica:** Was müsste stattdessen für eine Wirtschaftspolitik betrieben werden?

**Fabio:** DIE LINKE fordert die Stärkung der Binnenwirtschaft in Europa über höhere Löhne und öffentliche Investitionen, insbesondere in Exportüberschussländern wie Deutschland. Wir brauchen eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre und Aufbauprogramme statt Bankenrettungspakete. Nur die Einlagen der Massenkunden und das seriöse Kreditgeschäft sind abzusichern. DIE LINKE fordert in einem festgelegten Rahmen direkte Notenbankkredite für Krisenstaaten, um Investitionen statt ungenutzte Liquidität oder neue Finanzblasen zu finanzieren. ★

# Deutschland, Deutschland, überall in der Welt?

100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs forderte Gauck „Mehr Engagement“. Zum Beispiel im vom Kolonialismus geprägten Afrika.

Von Sebastian Rave



Ein Bundeswehrflugzeug über Mali: Die neue Außenpolitik wirft seinen Schatten über rohstoffreiche Länder

Die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar markiert eine neue Etappe für die deutsche Außenpolitik. Sein Plädoyer für mehr Soldaten, aber auch für mehr „Entwicklungszusammenarbeit“ und „Diplomatie“, ist nichts anderes als der Wunsch nach vermehrten ökonomischen und politischen Interventionen im Sinne des deutschen Kapitals. Keineswegs handelte es sich dabei um einen Alleingang eines Bundespräsidenten, der gerne von Freiheit redet und damit die freie Marktwirtschaft meint. Dieser deutliche Appell ist eng abgestimmt gewesen mit dem Außenministerium Frank-Walter Steinmeiers, dem Verteidigungsministerium Ursula von der Leyens und dem außen- und militärpolitischen Think Tank „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP). In einem Strategiepapier des SWP heißt es: „Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung (...). Das überragende strategische Ziel Deutschlands ist der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung.“

Die Verfasser des Papiers sehen dabei vor allem das Problem, dass die USA sich die Rolle als Weltpolizist nach der Weltwirtschaftskrise nicht mehr leisten könnten. Die militärische „Befreiung“, „Befriedung“ oder „Öffnung“ unter US-amerikanischer Federführung hatte in Afghanistan, Irak oder Libyen katastrophale Folgen für die Bevölkerung. Die Aufgabe, die globalisierte Weltordnung durchzusetzen, sollen jetzt also vermehrt andere Länder mit übernehmen.

## Frei, friedlich, offen?

Was damit gemeint ist, versteht man, wenn man sich die Länder anschaut, in denen Bundeswehrkräfte aufgestockt

werden sollen: In der ehemaligen französischen Kolonie Mali sollen von jetzt an 250 Bundeswehrsoldaten zusammen mit der französischen Armee für „politische Stabilität“ sorgen. Das dortige Regime steckt in einem militärischen Konflikt mit verschiedenen Kräften, darunter den Tuareg-Rebellen, die im Libyen-Krieg auf der Seite von Muammar al-Gaddafi gekämpft haben und die Unabhängigkeit des Nordosten Malis fordern. Nach einem Staatsstreich von Militärs 2012 kam es auf Druck von Frankreich 2013 zu Neuwahlen. Doch auch unter der neuen Regierung unter Ibrahim Boubacar Keïta, einem der reichsten Männer Malis, bleibt das Land instabil. In der ehemaligen Kolonie wurden Grenzen ohne Rücksicht auf Selbstbestimmungsrechte von ethnischen Minderheiten wie den Tuareg gezogen. Es herrscht extreme Armut bei gleichzeitigem Reichtum an Rohstoffen, der nur einer winzigen Minderheit und westlichen Konzernen zugutekommt. Diese tiefen Widersprüche könnten nur mit einem grundlegenden Systemwechsel gelöst werden.

## Zentralafrikanische Republik

Wie tief der Kolonialismus und sein zeitgenössischer Nachkomme, der Neokolonialismus, ein Land ins Chaos stürzen kann, müssen die Menschen in der Zentralafrikanischen Republik erleben. Auch dort hin will die Bundeswehr Militärflugzeuge entsenden. Nach jahrzehntelanger Abfolge von durch Frankreich unterstützte Diktaturen und Staatsstrieche sowie kontinuierlicher imperialistischer Ausbeutung trotz formeller Unabhängigkeit, ist das Land wirtschaftlich und politisch am Boden. Militärische Konflikte, geboren aus den gleichen neokolonialen Widersprüchen wie in Mali, in den Nachbarländern

Sudan, Süd-Sudan, Uganda, Tschad und dem Kongo, haben auf Zentralafrika übergriffen. Hier sind die Kämpfe um die Regierungsmacht in religiöse Gewalt umgeschlagen. Etwa eine Million Menschen, die bereits massiv an Unterernährung litten, versuchen, der unterträglichen Situation zu entkommen.

## Rohstoffe und „Stabilität“

Mali und die Zentralafrikanische Republik haben eines gemein: hohe Uranvorkommen. Für Frankreich, das 75 Prozent seiner Energie aus Atomkraft gewinnt, ein äußerst wertvoller Rohstoff. In Mali kommen die drittgrößten Goldvorkommen Afrikas sowie Phosphate und Bauxit dazu. In Zentralafrika ist der Uranabbau komplett in der Hand von französischen Konzernen, während in Mali neben französischem auch deutsches Kapital größere Anteile am Goldabbau hält. Für den Abbau und Transport der Rohstoffe sind ausreichend stabile gesellschaftliche Verhältnisse nötig. Das ist der Hintergrund für die Militäreinsätze Frankreichs und Deutschlands in Afrika.

Noch im November 2012 sagte der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizières (CDU) der „Süddeutschen Zeitung“, dass Frankreich „ein besonders hohes Interesse“ habe, „die Ordnung in seinem ehemaligen Kolonialgebiet wiederherzustellen“. Man einigte sich auf ein arbeitsteiliges Bündnis der beiden zentralen Mächte der Europäischen Union: Deutschland stellt vor allem Ausrüstung und Logistik, Frankreich den militärischen Part. Interessant für Deutschland ist dabei, einen Fuß in der Tür der früheren Kolonien zu haben, damit auch deutsche Konzerne günstig afrikanische Rohstoffe ausbeuten können. Während Deutschland im Windschatten Frankreichs militärpolitisch mitsegeln

will, sind beide gleichzeitig auch Konkurrenten. Die jeweiligen nationalen Kapitalinteressen werden in den afrikanischen Ländern, aber auch anderswo früher oder später zu Tage treten.

## Ein Platz an der Sonne

Die Diskussionen um das „Ende der Zurückhaltung“ und die „neue Rolle Deutschlands in der Welt“, wie von Gauck gefordert, werden auf Dauer auch vor neuen und verstärkten Kampfeinsätzen nicht halt machen. Das deutsche Kapital, aus der Eurokrise gestärkt hervorgegangen, ist hungrig nach günstigen Rohstoffen und angewiesen auf sichere Transportwege und „offene Märkte“. Das meint Gauck, wenn er „mehr Engagement“ der Bundeswehr in der Welt fordert. Die richtige Antwort darauf lautet: Mehr Engagement – gegen Krieg, Ausbeutung und Kapitalismus. ★

## Kriegskommission geplant

Bisher entscheidet der Bundestag über Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die große Koalition plant aber eine „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“. Das hört sich wie eine Stärkung parlamentarischer Rechte an, ist aber genau das Gegenteil. Entscheidungen, die in Bündnissen wie zum Beispiel der NATO getroffen werden, sollen durch die Kommission ohne Debatte im Bundestag umgesetzt werden können. Die Opposition hat sich daher im März gegen die Pläne ausgesprochen.

# Wo bleibt eure Solidarität?

Die EU dient nur den Interessen einer Minderheit. Warum die Mehrheit sich gegen die Minderheit nicht durchsetzen kann, zeigt sich an den Gewerkschaften in Europa. Von Paul Naujoks



Der Europäische Generalstreik 2012

Adriano sorgt sich um seinen Betrieb im sonnigen süditalienischen Pomigliano d'Arco. Bei Fiat werden immer mehr Leute entlassen und selbst er als aktiver Gewerkschafter kann daran nicht viel ändern. Für ihn sind die in der Vergangenheit erkämpften Errungenschaften fast nur noch Geschichten aus vergangenen Tagen: „Mit der Krise kam auch der Abbau von Rechten, die unsere Väter erkämpft hatten. Regelmäßige Pausenzeiten oder eine Klimaanlage sind Vergangenheit.“ Adriano beschwert sich über den Zustand der ArbeitnehmerInnenrechte in Italien und Europa. Seit den Angriffen der Troika auf die unterschiedlichsten Rechte, sind miserable Haustarifverträge die Regel. „Selbst Streiken ist nun verboten!“ schimpft er.

In anderen Ländern Südeuropas sieht es ähnlich aus. Die Lage der Gewerkschaften und damit der ArbeitnehmerInnenrechte ist desaströs. Selbst Kampfformen wie Generalstreiks haben diese Situation nicht verbessert. Die vier Generalstreiks in Portugal seit 2012 brachten keine Ver-

besserungen. Steigende Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und die Zerstörung der Flächentarifverträge haben die Schlagkraft der Gewerkschaften gesenkt. Die PolitikerInnen können deshalb die Wut einfach aussitzen. Die nationalen Gewerkschaften sind heute kaum noch in der Lage, sich gegen die Troika-Politik der Zerstörung von ArbeitnehmerInnenrechten zu wehren.

## Theorie und Praxis klaffen auseinander

Alle gebeutelten Gewerkschaften der Krisenländer sind auch Teil des 1973 gegründeten Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), dem Dachverband europäischer Gewerkschaften. Dieser soll eigentlich nationale Standortlogiken überwinden und einen gemeinsamen solidarischen Kampf der ArbeitnehmerInnen Europas ermöglichen. Die Ziele des EGB wie ein soziales Europa oder die europäische Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen sind heroisch, doch die Praxis hinkt dahinter weit zurück und dient häufig nationalen Interessen. Ein gutes Beispiel hierfür ist ein Mitglied des EGB, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Dieser ist weit davon entfernt, eine solidarische europäische Politik zu betreiben.

Dies zeigt sich beispielsweise an der Forderung eines europaweiten Mindestlohnes, wie er von der Generalsekretärin des EGBs Bernadette Ségol erhoben wird. Diese beruft sich auf eine Empfehlung des Europarates, wonach die Lohnuntergrenze nicht 60 Prozent des Medianeinkommens unterschreiten sollte. Der DGB unterstützt hingegen die Forderungen der SPD von einem Mindestlohn von 8,50 Euro. Dieser reicht weder für die Alterssicherung, noch ist er allumfassend und würde nur etwa 51 Prozent des Medianeinkommens betragen. Zum Vergleich: in Portugal und Frankreich ist der Mindestlohn mit 58 und 62 Prozent des Medians weitaus höher. Damit würde die deutsche Niedriglohnpolitik der letzten Jahre weitergeführt und Ar-

beitsplätze von europäischen KollegInnen weiter kaputt konkurriert – alles mit Zustimmung des DGB.

## Vorteilhafte Standortpolitik

Um zu verstehen, warum der DGB dies tut, lohnt ein Blick auf seine Einzelgewerkschaften. Entscheidend ist dabei die IG Metall – sie ist die größte und damit auch einflussreichste Einzelgewerkschaft des DGB. Sie profitiert zumindest mittelfristig von der europäischen Austeritätspolitik. Weil die Löhne in Deutschland seit Jahren nicht gestiegen sind, sind auch die Kosten für die Produktion von Exportwaren relativ niedrig. Aus Deutschland kann also weiterhin viel exportiert werden. Die IG Metall unterstützt diese Standortpolitik. Und so hat der ehemalige Vorsitzende der IG Metall Bertold Huber während des Zenits der Krise in Spanien die dortigen KollegInnen aufgefordert, für Lohnverzicht bereit zu sein: „Damit haben die spanischen Gewerkschaften ihren Vorteil verspielt, dass sie nämlich billiger als die deutsche Industrie waren.“ Dass der jahrelange Reallohnverzicht deutscher ArbeitnehmerInnen auch einen gewaltigen Anteil an der momentanen Situation Europas hat, ist Huber egal. Schließlich profitierte Huber vom Handschlag mit Merkel und staatlich subventionierter Standortpolitik wie Kurzarbeit und Abwrackprämie. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften merken leider nicht, was sie mit den Gewerkschaften in anderen Ländern eint. Während Flächentarifverträge in den Krisenländern über politischen und ökonomischen Druck abgebaut werden, entziehen sich in Deutschland die Arbeitgeber einseitig den Tarifverträgen. Die Sozialpartnerschaft wurde von Seiten der Arbeitgeber schon lange aufgekündigt, stattdessen betreiben diese nun eine aggressive Lohnsenkungspolitik. Da die Gewerkschaften aber weiterhin an dem Sozialpartnerschaftsmodell festhalten, wird die Verhandlungsmacht des DGB geschmälert.

Für Adriano ist der Weg aussichtslos. Er schimpft erneut, aber diesmal über seine deutschen KollegInnen. In seine Wut mischt sich ein fast schon flehender Unterton: „Wir werden hier allein gelassen und Merkel kriegt noch den Handkuss von euch. Wo bleibt eure Solidarität?“ Er bleibt alleine am Werk und macht mit seiner Arbeit weiter. ★

ANZEIGE

## Buch zu amazon



amazon hat das Einkaufen revolutioniert. Millionen Menschen schätzen guten Service und die fast lückenlose Warenpalette. Doch fest steht auch: Durch aggressives Wachstum bindet amazon Buchhändler, Verlage, Leser und sogar Autoren an sich und ist auf dem besten Weg, den gesamten Markt zu monopolisieren. Die Kosten dieser Politik zahlen am Ende dann vielleicht alle ...

Daniel Leisegang  
**amazon. Das Buch als Beute**  
127 Seiten, 12,80 EUR,  
ISBN 3-89657-068-4

 [www.schmetterling-verlag.de](http://www.schmetterling-verlag.de)

## Gewerkschaftslexikon

### Sozialpartnerschaft, die

Nach Ende des 2. WK erkämpfter und für Deutschland typischer Klassenkompromiss zwischen Unternehmen und Gewerkschaften. Mittels Konsenspolitik und Kooperation sollen dabei offene Konfrontationen, bspw. Streiks, vermieden und Interessensgegensätze befriedet bzw. verschleiert werden.

→ Korporatismus

### Flächentarifvertrag, der

Ein Tarifvertrag, der für ein bestimmtes Gebiet und für eine oder mehrere Branchen gilt. Innerhalb dieses Geltungsbereiches werden alle ArbeitnehmerInnen dieser Branchen zum gleichen Tarif bezahlt.

# Bologna: Bildungsöffnung durch Schließung?

Mit dem Bologna-Prozess begann vor 15 Jahren die größte Reform des europäischen Hochschulraums. Im Gastbeitrag analysiert **Sven Lehmann** den damit verbundenen gewaltigen Umstrukturierungsprozess.

Wir sollten den Akademisierungswahn stoppen“ erklärte Julian Nida-Rümelin Mitte letzten Jahres in einem Interview mit der FAZ. Seither läuft im bürgerlichen Feuilleton eine Diskussion um Probleme der Hochschulöffnung. Sie unterstellt, dass wir nicht mehr Bildungsexpansion bräuchten, sondern schon zu viele Leute an den Hochschulen hätten. Was haben die Studienreformprozesse der letzten Jahrzehnte uns beschert und wie wurde die Verallgemeinerung von Hochschulbildung darin organisiert? Bedeuten Bildungsexpansionsreformen automatisch mehr Gleichheit?

Die Forderung nach einer höheren Bildungsbeteiligung drängt sich schon aus volkswirtschaftlichen Gründen auf. Grund dafür ist, dass die gegenwärtige hochtechnologische Produktionsweise nur funktionieren kann, wenn die Bevölkerung entsprechend qualifiziert wird. Insofern bedeutet die Finanzierung von Bildung, die Finanzierung der Zukunft. „Investition in die Zukunft“ lautet dafür das marktschreierische Schlagwort. Über den demokratisch-gesellschaftlichen Gehalt dieser Investitionen ist damit jedoch noch nichts ausgesagt. Platt gesagt, besteht „Ungleichheit“ trotz Bildungsexpansion weiter und reproduziert sich durch die Öffnungsreformen sogar selbst. Die Bologna-Reform ist ein Beispiel dafür.

Das „Gründungsdokument“ des Bologna-Prozesses ist eine schlichte Absichtserklärung. Sie geht zurück auf einen politischen Handschlag, den sich 29 BildungsministerInnen 1999 in der italienischen Stadt Bologna gaben. Ihr Ziel war die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums bis 2010. Dies beinhaltete die Schaffung vergleichbarer Abschlüsse, zweistufiger Studiengänge, eines Leistungspunktesystems, einer Qua-

litätssicherung auf europäischer Ebene und die Verbesserung der Mobilität von Studierenden. Die Hochschulen setzen die Reform durchweg unterschiedlich um. Beim Bologna-Prozess gab es keine parlamentarisch verabschiedeten Gesetze als Ausgangsbasis, sondern lediglich Vereinbarungen, die im Rahmen einer offenen Koordinierung durchgesetzt wurden. Und dies durchaus mit Erfolg. In der Folge gab es in regelmäßigen Abständen Treffen auf europäischer Ebene, bei denen weitere Punkte zur Studienreform vereinbart wurden. Dazu kamen verschiedene Ausgestaltungen von Bologna-Prozessen in den unterschiedlichen Ländern, die sich auch ihren Weg in die Hochschulgesetze bahnten. Es entstand ein großer Hochschulreformprozess, dessen Gestaltung sich bis heute zieht.

## Bildung für den Wettbewerb

Als Begleitstrategie wurde die Studienreform auf EU-Ebene mit einem ganz spezifischen Programm der Bildungsexpansion verknüpft: die sogenannte „Lissabon-Strategie“ legte als Ziel der Bildungsexpansion fest, Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Der zu gründende europäische Hochschulsektor sollte damit zum Baustein für Profitmaximierung im globalen Wettbewerb werden. Die Diskussion um Studienreformen wurde in der Folge erstens vermehrt auf Strukturreform und employability (Beschäftigungsfähigkeit) verengt. Bildung wird dabei nicht zur Voraussetzung für die gemeinsame Gestaltung von Gesellschaft, sondern zum Humankapital. Mit der Ausrichtung von Studiengängen auf gegenwärtige Partikularinteressen



der Wirtschaft, verliert Bildung sowohl ihr kreatives Entwicklungspotential sowie ihren allgemeinen emanzipatorischen Anspruch.

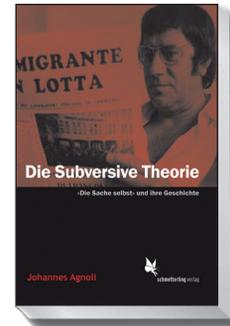
## Kritisches Denken auf dem Rückzug

Auch für die Lernprozesse im wissenschaftlichen Studium, blieb dies nicht ohne Folgen. In einer gerade erschienenen Studie über „Das Bachelor- und Masterstudium im Spiegel des Studienqualitätsmonitors“ stellen die AutorInnen fest, dass die Ausbildung kritischen Denkens in der gegenwärtigen Hochschule ins Hintertreffen gerät und bescheinigen den gegenwärtigen Hochschulen damit, dass an ihnen die Praxis der Kritik zunehmend vernachlässigt wird.

Die zweistufige Studienstruktur befördert zweitens die Gefahr der Entwicklung eines Kurzzeitstudiums für die Masse bei der gleichzeitigen Möglichkeit, das wissenschaftliche Studium lediglich einem Teil der Studierenden vorzubehalten. Obgleich diese Ängste seitens vieler BildungspolitikerInnen als unbegründet behauptet wurden, zieht sich der Streit um das Recht auf einen Zugang zum Masterstudium für alle Bachelorstudierenden bis heute. Mitunter haben die Benachteiligungseffekte, die sich beim Zugang zum Master ergeben, auch geschlechtsspezifische Folgen. Dass überspitzt formuliert Frauen Bachelor bleiben und Männer Master werden, lässt sich in verschiedenen Studiengängen beobachten. Insgesamt lässt sich sagen, dass unter Bologna eine Bildungsexpansion zwar zu beobachten ist, es sich allerdings um einen Prozess der selektiven Expansion handelt. Durch Sonntagsreden über eine generelle Bildungsexpansion wird

ANZEIGE

## Die Subversive Theorie



«Ich lasse euch hoffen.» So endet die «Subversive Theorie» Johannes Agnolis, eine Reise quer durch die Geschichte der Theorie der menschlichen Rebellion gegen jede Form von Macht und Unterdrückung. Das Buch dokumentiert die letzte Vorlesungsreihe Agnolis am Berliner Otto Suhr-Institut.

Johannes Agnoli  
**Die Subversive Theorie.**  
 «Die Sache selbst» und ihre Geschichte  
 230 Seiten, 18,80 EUR  
 ISBN 3-89657-066-8



[www.schmetterling-verlag.de](http://www.schmetterling-verlag.de)

sich an diesen Selektionsprozessen wenig ändern. Politische Beschwörungen, die unter dem wohlklingenden Wort Bildung nur das Wahre, Gute und Schöne verstehen, neigen dazu, diese dunklen Seiten eher auszublenden. Menschen aus sozialen Bewegungen wären gut beraten, wenn sie jene Prozesse der Produktion von Ungleichheit über Bildung wieder stärker in den Blick nähmen. Nur so lässt sich diesen etwas entgegen setzen. ★

Sven Lehmann ist Mitglied des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW

ANZEIGE

# DA IST DAS DING!

- ▶ **Schnell:** Schon um 22 Uhr wissen, was in der Zeitung von morgen steht.
- ▶ **Bequem:** Zeitung downloaden. Jederzeit lesen – auch offline.
- ▶ **Mobil:** In der Bahn, der Uni oder im Park – mit der nd-App seid ihr immer gut informiert.

Digital, günstig, fair: die nd-App von neues deutschland.  
 Das App-Abo gibt es für nur 12,50 €/Monat.



Gleich heute bestellen: ☎ (030) 29 78 18 00 oder 🌐 [neues-deutschland.de/abo](http://neues-deutschland.de/abo)

neues deutschland  
 DRUCK VON LINKS

# Angeschaut

Du willst Prüfungsstress, Credit Points und miese Spaghetti Bolognese in der Mensa für ein paar Stunden verdrängen? Wir stellen drei Serien vor, die uns dabei geholfen haben.

Game of Thrones

## Macht als Spiel

**M**ittelerde meets Sopranos“ beschrieb ein New Yorker Journalist die Serie „Game of Thrones“ treffend. Im April beginnt die vierte Staffel um das fiktive Königreich Westeros.

Wer Game of Thrones nicht kennt, in aller Kürze: In einer mittelalterlichen Welt kämpfen mehrere Adelshäuser um den Königsthron von Westeros. Darüber versinkt Westeros mehr und mehr im Kampf und Krieg. Dabei bräuchte es all seine Kräfte, weil es von einer unbekannt, alten Macht aus dem eisigen Norden bedroht wird. Während die einfachen Menschen leiden, denken die Adligen nur an

das Spiel der Throne. Die Serie entwickelt eine ganz eigene Welt vor den Augen des Zuschauers: über 3000 Protagonisten sind bislang in den Büchern erwähnt worden. Die Figuren bestechen durch eine ausgefeilte Charakterzeichnung voller schillernder Grautöne. Trotz dieser Detailliebe bleibt die Serie durchweg spannend. Denn die Figuren sterben wie die Fliegen und man weiß nie, wer der nächste ist. „Game of Thrones“ basiert auf den Büchern „Das Lied von Eis und Feuer“ des Autors George R.R. Martin. Martin wird regelmäßig als Nachfolger J.R.R. Tolkins gehandelt. Interessant ist der Vergleich von „Herr der Ringe“ und „Game of Thrones“ vor dem

Hintergrund ihrer Entstehungszeit. Während das im Kalten Krieg entstandene Epos „Herr der Ringe“ im langatmigen Stil den Endkampf des eindeutig Guten gegen das ultimativ Böse ausbreitet, erzählt „Game of Thrones“ eine viel komplexere, sich in unerwarteten Sprüngen fortentwickelnde Geschichte voller Zwischentöne und Widersprüche. Zerbrochene Bündnisse, wechselnde Konflikte und Intrigen sind hier charakteristisch. Die Serie ist damit nicht nur beste Unterhaltung, sondern auch ein ausgezeichnete Spiegel unserer heutigen fragilen, multipolaren Weltordnung.

Janis Ehling

Bild: HBO

2 Broke Girls

## Absturz in die Realität

**I**n der Serie „2 Broke Girls“ treffen Max, eine zynische, weil permanent bankrotte junge Frau und Caroline, eine früher wohlhabende und naive Optimistin, aufeinander.

Max ist eine Frau aus schwierigen Verhältnissen mit wenig Bildung. Da ein Job nicht ausreicht, um sich eine Wohnung mit ihrem Freund in Brooklyn zu leisten, arbeitet sie als Babysitterin und Kellnerin. Im Restaurant begegnet ihr Caroline. Diese sitzt durch den Bankrott

ihren Vaters, der wegen Finanzverbrechen verhaftet wurde, plötzlich auf der Straße und muss sich ihren Lebensunterhalt beim Kellnern selbst verdienen. Mit der weltfremden Caroline und der pessimistischen Max prallen Welten aufeinander. Entsprechend angespannt ist zunächst ihr Verhältnis. Nach einem Zusammentreffen der beiden bei Carolines Schlafplatz, der U-Bahn, und einem Anmachversuch gegenüber Caroline seitens Max' Freund, schmeißt Max ihren Freund aus der Wohnung und nimmt

ihre Arbeitskollegin auf. Ab diesem Zeitpunkt schlagen sich die beiden gemeinsam durchs Leben. Durch ihre unterschiedliche Klassenherkunft sind ihre Blickwinkel jedoch extrem verschieden. Max versucht sich mit allen möglichen Tricks finanziell über Wasser zu halten und nutzt dazu auch die abwegigsten Mittel. Sie lässt Klopapier und Besteck aus dem Restaurant mitgehen und verkauft dort selbstgebackene Cupcakes. Das bringt Caroline auf die Idee ein Geschäft aufzuziehen und sich so aus ihrer

prekären Lage zu befreien. Die beiden scheitern allerdings immer wieder an hohen Ladenmieten, Steuererklärungen und Zeitnot wegen Erwerbsarbeitszwang. „2 Broke Girls“ zeigt humorig auf, wie der Kapitalismus strukturell ärmere Menschen benachteiligt. Während die beiden Hauptcharaktere es stets schaffen, sich aus ihrer Finanznot zu retten und ihr Überleben zu sichern, gelingt dies in der Realität leider oft auch nicht.

Amelie Kozik

Bild: Warner Bros.

Borgen

## Gefährliche Seilschaften

**D**ie dänische Serie Borgen erzählt von den Verstrickungen von Politik, Journalismus und Privatleben. Eine Geschichte von Macht, Idealismus und zerplatzten Illusionen.

„Manchmal müssen wir eben Dinge tun, die uns nicht gefallen.“ Diesen Satz sagt ausgerechnet Phillip, Birgittes bald Ex-Ehemann. Er ist bezeichnend für den Wandel, den Birgitte im Laufe der Serie vollzieht. Nach einem turbulenten Wahlkampf wird Birgitte überraschend

die erste Premierministerin Dänemarks. Ihre Ehe scheitert, die pubertierende Tochter bekommt schwere Angstattacken. „Borgen“, so nennen die Dänen den Regierungssitz Christiansborg, erzählt vom Zusammenspiel von Politikgeschäft und Medien. Den ZuschauerInnen werden Einblicke in die Verstrickungen der Tagespolitik gewährt, in den Klügel zwischen PolitikerInnen und JournalistInnen im Kampf um eine gute Story. Durch die räumliche und politische Nähe zu Dänemark sind die Themen für deut-

sche ZuschauerInnen erfrischend aktuell. Diskutiert wird über den Afghanistan-Krieg, Tierhaltung, Anti-Prostitutions- und Asylgesetze. Die Perspektiven wechseln in der ersten Staffel zwischen der idealistischen Birgitte, ihrem Spin-Doctor Kasper und der aufstrebenden Journalistin Katrine. Es geht um Macht und Moral und immer bleibt die Verbindung ins Private: Die gegenseitige Anziehung von Katrine und Kasper und das Familienleben von Birgitte. Ihre Ehe zerbricht, weil Phillip sich nicht an die Abmachung hal-

ten wollte, dass sich nach Birgitte nun er fünf Jahre um die Kinder kümmert. Die frühere Idealistin Birgitte ist in der dritten Staffel so desillusioniert, dass sie bis ans andere Ende der Welt flüchtet. Phillips Feststellung wirkt für die ZuschauerInnen fast zynisch, denn er spricht aus, was Birgitte längst klar geworden ist: Manchmal muss man Dinge tun, die einem nicht gefallen und der einzige Zweck ist der Erhalt der eigenen Macht.

Lisa Glasner

Bild: arte

Bild: <http://www.flickr.com/photos/jackdallion/>

## Patriotismus ist keine Party

Flaggen schwenkende Fußballfans sind nicht so harmlos wie sie aussehen. Zu jeder WM und EM gehören auch Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Von Jakob Migenda

Der neue Nationalismus?

Ein schöner sonniger Freitagnachmittag im Frühsommer 2012. Ich sitze in der Regionalbahn irgendwo zwischen Berlin und Jena. Gegenüber schlägt jemand die Zeitung auf. Es ist die Bild, die vom „Heimspiel in Danzig“ titelt. Nun könnte man denken, im Springerhochhaus haben einige Menschen die Ergebnisse der beiden Weltkriege noch nicht verdaut. Das Wort Heimspiel hat Bundestrainer Löw in Bezug auf das polnische Gdansk jedoch selbst in den Mund genommen. Getitelt hat damit nicht nur die Bildzeitung, sondern auch seriösere Zeitungen wie die Augsburgener Allgemeine. Der „Party-Patriotismus“ vernebelt die Sinne. Er führt nicht nur zu solch dumpfdummen Überschriften, sondern hat auch handfeste Folgen.

### Deutsche Zustände

Das zeigt etwa die Untersuchung „Deutsche Zustände“ des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld. Danach nahmen etwa nach der Männerfußball-WM 2006 nationalistische Einstellungen in der Gesellschaft zu. Dieser Befund steht nicht allein. Ein sozialpsychologisches Forschungsteam der Uni Marburg stellte fest, dass bereits kleine Deutschlandflaggen auf ihren Fragebögen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit deutlich ansteigen ließen. Eine Menschenmenge, die in kollektiver Ekstase auf der Fanmeile feiert, dürfte ein solches Gemeinschaftsgefühl noch erhöhen.

Auf Ursachenforschung für diese Entwick-

lung begab sich die Psychologin Dagmar Schediwy. Für ihr Buch „Ganz entspannt in Schwarz-Rot-Gold?“ befragte sie bei den letzten WM- und EM-Turnieren BesucherInnen der Fanmeilen zu ihrem Erleben dieses Fußballfahnenmeeres. Sie fand heraus, dass die schwarz-rot-goldenen Fanutensilien mit jeder Meisterschaft stärker mit dem Stolz auf das eigene Land begründet wurden.

### Eine imaginäre Gemeinschaft

Ihrer These zufolge ist Nationalismus ein ideologischer Kitt, der eine zunehmend gesplante Gesellschaft integriert. In einer Zeit, in der durch Hatz IV die soziale Unsicherheit real und gefühlt deutlich

zunahm, klammerten sich die Menschen dankend an den Strohhalm mit der schwarz-rot-goldenen Flagge. Er gab ihnen für einen Moment ein Gefühl der Geborgenheit in der imaginären Gemeinschaft, die das Sozialsystem nicht mehr gibt. Dass dieser Nationalismus nicht nur ein zufälliges Phänomen ist, sondern auch bewusst von der Regierung eingesetzt wird, um nach Sozialkürzungen zu befrieden, zeigen Kampagnen wie „Du bist Deutschland“.

Am Abend dieses Frühsommertages vor zwei Jahren habe ich mir das Spiel in Gdansk angesehen. Das spannende und abwechslungsreiche Spiel gefiel mir. Dass die deutsche Mannschaft es 4:2 gewann, war mir relativ egal. Zumindest solange bis mir wieder „Schlaaand!“ grölende Fans entgegenkamen. ★

# die linke.sds

Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

Die Linke.SDS - kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband - ist der einzige aktive sozialistische Studierendenverband in Deutschland. Der SDS bezieht sich kritisch-solidarisch auf die Partei DIE LINKE, ist aber eine eigenständige Organisation mit vielfältigen Politikansätzen. Bei uns haben sich junge Menschen mit unterschiedlichen linken Ideen zusammengefunden, um die Gesellschaft und die Hochschulen zu verändern.

Wir verstehen uns als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Bündnisses gegen den neoliberalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, der mit der Agenda 2010 und dem Bologna-Prozess die Lebens- und Studienwelt immer stärker dem Diktat des Marktes unterwirft. Der SDS kämpft dabei für konkrete Verbesserungen der Studien- und Lebensbedingungen. Wir setzen uns ein für bezahlbare Mieten und ein Studienhonorar. Wir kämpfen für demokratische

Mitbestimmung an den Hochschulen und ein selbstbestimmtes Studium. Wir wollen eine Uni für Alle.

Wir verstehen die Hochschule als Teil der Gesellschaft - um die Gesellschaft zu verändern, müssen wir die Uni verändern und umgekehrt. Wir setzen uns daher für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und gegen Rassismus, Sexismus und andere Diskriminierungen ein.

### Lokal verankert...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 40 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern und aktuellen Problemen, Organisation von politischen Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Mietendemos oder Anti-Naziproteste: die Bereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

### ...und bundesweit aktiv.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweit agierender Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Eine wichtige Rolle spielen wir zum Beispiel bei überregionalen Protesten und Aktionen wie dem Frauen\*kampftag, Blockupy oder Studis gegen Wohnungsnot.

Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Im SDS existieren mehrere bundesweite Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Antimilitarismus und Frieden, Hochschulpolitik oder Feminismus: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alternativen. Und das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica.

### Aktiv werden!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Wie du deine SDS-Gruppe vor Ort erreichen kannst, erfährst du auf unserer Homepage. Wenn es bei dir keine Gruppe gibt, kannst du sie auch gerne gründen. Wir helfen dir dabei. **Support your local SDS!**

### Willst du mehr über Die Linke.SDS erfahren?

Informiere dich auf unserer Homepage: [www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org) oder schreib uns eine E-Mail an [info@linke-sds.org](mailto:info@linke-sds.org)!

